In Kürze

KÜNSTLICHER VERSTAND

Luzern untersucht und untersucht

Luzern hat 2009 die Nutzung des Internets durch Hundertjährige untersucht. Über 32,7 Prozent der Seniorenhaushalte waren gewöhnlich. Jeder zweitgrösste Klick führte auf Sorte Porno- und Gewaltseiten sowie Hackerforen gelöst. Der Bericht blieb ohne Folgen. Kürzlich publizierte der «Beobachter» die Ergebnisse. Jetzt handelt die Luzerner Regierung. Sie will die Internetnutzung durch Hundertjährige untersuchen. sdz

KOPFTUCHVERBOT

Walliser CVP spielt SVP

Die Walliser Regierung muss eine Gesetzesgrundlage ausarbeiten, damit unter gewissen Umständen Kopftücher an Schulen verboten werden können. Der Walliser Grosse Rat hatte eine Motion der CVP mit 90 zu 20 Stimmen gut. Damit will er einer SVP-Initiative zuvorkommen, die ein generelles Verbot von Kopfbedeckungen fordert. Laut Schuldirektorin gibt es im Wallis allerdings nur wenige Problemfälle, die jeweils über den Dialog gelöst werden konnten. sdz

WIRTSCHAFT

Katastrophe vorerst verschoben

Die Ökonomen von Raiffeisen rechnen in ihrem Dienstag-Ausblick ein deutlich weniger düsteres Bild als noch Ende Januar. Damals, zwei Wochen nach der Aufhebung des Euromindestkurses, wurde sie noch von einem Schrumpfen der Schweizer Wirtschaft um 0,2 Prozent im laufenden Jahr ausgegangen. Nun rechnet Raiffeisen mit einem Wachstum von 0,8 Prozent. Konsumenten gibt von 0,6 Prozent aus. Damit scheint eine Rezession vorerst unwahrscheinlich. sdz

RAUCHVERBOT

Der Raubzug schwächelte kurz

Die Kantone verzeichnen das Ende der Wachstumsjahre. 2014 habe es einen erneuten Anstieg von 1,2 Prozent gegeben und die Umsatzmarke von 10 Milliarden Franken wurde überschritten wurden. Im vierten Quartal seien die Umsätze aber rückläufig gewesen, teilte der Schweizerische Hauptstrassenverband mit. Für 2015 rechnet der Verband mit einem Rückgang der Beschäftigung. Ein eigentlicher Einbruch sei aber nicht zu erwarten. sdz

ZÜRICH

Lindt macht Sprüngli

Lindt & Sprüngli machte der Schweizer einen Sprung von 12,1 Prozent auf 542,9 Millionen Franken. Das ist unter Rekord. Der Umsatz stieg um 1,6 Prozent auf 2,005 Milliarden Franken, was zu einem Teil der Übernahme des US-Schokoladeriesen und Kleingebäckproduzenten Russell Stover zu verdanken ist. sda

GENF

Bank geprüft

Die Genfer Traditionsbank Lombard Odier hat erstmals den Jahresabschluss veröffentlicht. Die Bank erzielte im vergangenen Jahr einen Gewinn von 149 Millionen Franken und verwaltete per Ende 2014 Vermögen in Höhe von 161 Milliarden. sda

ÖFFENTLICHER VERKEHR ROTE KARTE

Der neuen Abonnement-Karte ist [illegible] Kontrolleure benötigen ein Lesegerät, um die Informationen abzurufen. Keystone

Der neue Swiss Pass ersetzt GA

General- und Halbtaxabonnements sind künftig rot statt blau. Die neue Karte enthält einen Chip, auf welchen zusätzliche Dienstleistungen geladen werden können. Von einem System, welches den manchmal komplizierten Billettkauf überflüssig macht, ist die Schweiz aber noch weit entfernt.

Wer ab dem 1. August ein neues Halbtax- oder Generalabonnement (GA) kauft, erhält statt der bisherigen blauen eine rote Karte. Beim Foto genannt. Darauf steht neben Name, Foto und Geburtsdatum lediglich eine Nummer gedruckt. Ob es sich um ein GA oder ein Halbtax handelt und wie lange das Abo noch gültig ist, steht nicht mehr auf der Karte. Das kann der Billettkontrolleur nur feststellen, indem er die Karte an sein Kontrollgerät hält. Die Billettkontrolle dauert dadurch künftig etwas länger.

Die Passagiere ändert sich dagegen nicht viel. Neu kann ein Halbtax nur noch für die Dauer von einem Jahr gekauft werden, ein Mehrjahresabonnement fällt dadurch weg. GA und Halbtax werden nicht automatisch verlängert, wenn man sie nicht kündigt, eine neue Karte ist nicht nötig. Die Abonnenten erhalten aber rechtzeitig einen Brief, der sie auf das Ablaufdatum aufmerksam macht, damit sie fristgerecht kündigen können. Die Stiftung für Konsumentenschutz kritisiert die Tatsache, dass man sein Abo explizit kündigen muss, wenn man es nicht verlängern will. Beim GA zeigen sich die Verantwortlichen allerdings kulant, wie Jeannine Pilloud, Leiterin SBB Personenverkehr, gegenüber der Basler Zeitung versicherte. Bei diesem Abonnement akzeptiert man auch nachträgliche Kündigungen, wenn Kunden trotz schriftlichem Hinweis vergessen hätten, das Abo rechtzeitig aufzulösen. Die Kunden verlieren dann maximal die Kosten für einen Monat.

Datenschutz

Die neue Karte enthält einen Chip, der laut dem Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe (VDV) über die angewandte RFID-Technik funktioniert, welche auch in Skipässen im Einsatz ist. Auf dem Chip selbst sind keine Personendaten oder Leistungen gespeichert, es werden auf eine Datenbank. Selbst Kontrolleure können mit ihrem Gerätchen nicht viel mehr als die Gültigkeit der Karte einsehen. Wird eine Karte kontrolliert, so speichert das System diese Kontrolle während 90 Tagen. Eine Ortung über die Karte sei aber nicht möglich und es können keine Bewegungsprofile erstellt werden, so der VDV. Die Kunden können für Ein- und Ausstiegsdaten über einen Website online einsehen, verweisen somit weiteren Angriffen der Anwegwelt mitnimmt.

> «Die neue Karte ist keine Revolution, sondern eine Evolution.»
>
> Urs Wirthmüller, Direktor Verband öffentlicher Verkehr

Dienstleistung

Auf die rote Karte können zusätzliche Dienstleistungen integriert werden. Als nagelt sind dies der Zugang zu Mobility Carsharing, zu Publibike, Schweizerischer Bundesbahnen in den Skigebieten, Arosa Lenzerheide, Elektro Karten, Leuchtmittel, Flaumatten, Bücher, Ausleihen, Gifte, Ausgleichsbahnen. Weitere sollen folgen.

Doch gut einmalig. Aber wird es jedoch dauern, bis auch Verbundabonnements oder Tagesgutscheine und Einzelbillette auf den Swiss Pass geladen werden können. Wir Jeannine Pilloud ausführen, ist die Karte weiter ausbaubar.

Bern und Co. schwimmen die Millionen davon

FINANZAUSGLEICH Jetzt wird es eng für die Empfängerkantone: Der Nationalrat will das Volumen des Finanzausgleichs reduzieren. Bern würde 90 Millionen Franken im Jahr verlieren und muss nun auf den Ständerat hoffen.

Im Bundeshaus ist ein Seilziehen um Hunderte von Millionen im Gange. National- und Ständerat sind sich nicht einig, wie viel Geld in den nächsten vier Jahren in den nationalen Finanzausgleich fliessen soll. Das Parlament legt die Grundbeträge alle vier Jahre neu fest. Der Bundesrat möchte heuer die erste Änderung seit Einführung des Systems 2008 vornehmen. Aus seiner Sicht mussten der Bund und die neun finanzkräftigen Zahlerkantone in den letzten Jahren zu viel Geld an die 17 Empfängerkantone überweisen. Messlatte ist der «ärmste» Kanton: Uri erreichte dank den Millionen aus dem Ausgleich eine Finanzkraft, die über dem Mindestziel des Finanzausgleichs lag (85 Prozent des Durchschnitts aller Kantone). Darum will der Bundesrat den Ausgleich ab 2016 um 330 Millionen Franken im Jahr kürzen.

Die Interessenlage ist klar: Profitieren würden der Bund und die Zahlerkantone. Zürich zum Beispiel könnte 40 Millionen Franken im Jahr sparen. Verlierer wären die Bezügerkantone. Bern etwa droht ein Verlust von 90 Millionen im Jahr.

Entscheidende «Abweichler»

Gestern ging der Kampf in die nächste Runde: Der Nationalrat beschloss mit 101 zu 88 Stimmen, den Finanzausgleich wie vom Bundesrat vorgeschlagen zu kürzen. Das ist bemerkenswert, da die Empfängerkantone eigentlich auch im Nationalrat in der Mehrheit sind. Sprich: Wenn alle Ratsmitglieder voll im Interesse ihrer Kantone gestimmt hätten, bliebe alles beim Alten – der Bund und die Zahlerkantone würden nicht entlastet. Zwar stimmten die meisten Nationalräte durchaus auf Kantonslinie, aber eben nicht alle. «Abweichler» gab es auf beiden Seiten, deutlich zahlreicher waren sie jedoch bei den Empfängerkantonen. Sie vermochten die Reihen weniger gut zu schliessen als die Zahlerkantone. So stimmten auch acht Bernerinnen und Berner für die Kürzung des Finanzausgleichs (siehe Liste unten).

Was macht der Ständerat?

Nächsten Dienstag ist wieder der Ständerat am Zug. Seine Mitglieder operierten im ersten Durchgang im Dezember überaus «heimatverbunden»: Weil praktisch alle im Sinne ihrer Kantone stimmten, hatte die Kürzung des Finanzausgleichs logischerweise keine Chance.

Wie das Seilziehen der beiden Kammern ausgeht, ist ungewiss. Aussichtsreich könnte ein Kompromissvorschlag des Luzerner Nationalrats Roland Fischer (GLP) sein, der gestern im Nationalrat zwar unterlag, im Ständerat aber reanimiert werden kann. Fischer will die Kürzung des Finanzausgleichs nicht nur auf Basis der letzten vier, sondern der letzten acht Jahre berechnen. Unter dem Strich wäre die Reduktion noch knapp halb so gross wie vom Bundesrat geplant: Der Kanton Zürich gewänne knapp 20 Millionen, Bern verlöre knapp 45 Millionen. *Fabian Schäfer*

SO STIMMTEN DIE BERNER NATIONALRÄTE

SVP
- Andreas Aebi
- Adrian Amstutz
- Andrea Geissbühler
- Jean-Pierre Graber
- Rudolf Joder
- Nadja Pieren
- Albert Rösti
- Erich von Siebenthal

SP
- Matthias Aebischer
- Evi Allemann
- Margret Kiener Nellen
- Nadine Masshardt
- Corrado Pardini
- Alexander Tschäppät

BDP
- Urs Gasche
- Hans Grunder
- Lorenz Hess
- Heinz Siegenthaler

Grüne
- Regula Rytz
- Aline Trede
- Alec von Graffenried

Grünliberale
- Kathrin Bertschy
- Jürg Grossen

FDP
- Christa Markwalder*
- Christian Wasserfallen

EVP
- Marianne Streiff-Feller

Ja = Für die Kürzung
Nein = Gegen die Kürzung
Stimmenthaltung
Abwesend

* Leitete als Vizepräsidentin die Sitzung und stimmte deshalb nicht ab.

DIE ZENTREN BLITZEN AB

Hauchdünner Entscheid

Der Nationalrat musste nicht nur entscheiden, wie viel Geld die «armen» Kantone im Finanzausgleich erhalten (siehe Haupttext). Er musste auch festlegen, wie stark der Bund die so genannten Sonderlasten mildern soll. Dabei geht es einerseits um die «geotopografischen» Lasten in ländlichen Regionen wie steiles Gelände oder hohe Wohnlagen. Andererseits geht es um «soziodemografische» Lasten städtischer Kantone wie hohe Anteile an Armen, Älteren und Ausländern. Zwar ist unbestritten, dass die sozialen Lasten grösser sind. Trotzdem beschloss der Nationalrat, dass der Bund weiterhin beide Lastenausgleichstöpfe gleich stark dotiert, zurzeit mit je 360 Millionen Franken. Der Entscheid fiel mit 94 zu 93 Stimmen hauchdünn aus. **Eine wichtige Rolle spielte, dass die Kantone mit hohen Soziallasten – Zürich, Genf, Waadt und Basel – zugleich sehr finanzstark sind.** Die Mehrheit fand, dass sie ihre Sonderlasten besser tragen können als «arme» Bergkantone. *fab*